

20. 07. 81

Antwort

der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Graf Huyn, Böhm (Melsungen), Schulze (Berlin), Sauer (Salzgitter), Lintner, Amrehn, Straßmeir, Dr. Hackel, Lowack, Dr. Warnke, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Hennig, Schwarz, Werner, Gerster (Mainz), Clemens, Dr. Mertes (Gerolstein), Dr. Arnold, Schmöle, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Röhner, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU

— Drucksache 9/415 —

Umfassende Bestandsaufnahme in der Deutschlandpolitik

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 17. Juli 1981 die Große Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist auf Langfristigkeit angelegt. Die im Grundlagenvertrag niedergelegte Absicht, zwischen den beiden deutschen Staaten normale gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln, läßt sich nur in einem langwierigen Prozeß verwirklichen.

Gemessen an der historischen Ausgangslage und trotz der grundlegenden Gegensätze zwischen den beiden Staaten sind im vergangenen Jahrzehnt auf diesem Wege bedeutsame Fortschritte erzielt worden.

Der Auseinanderentwicklung im geteilten Deutschland ist Einhalt geboten worden.

Vereinbarungen und Regelungen z. B. in den Bereichen des Reise- und Besucherverkehrs, des Güterverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Handels, des Gesundheits- und des Veterinärwesens, des Transfers von Guthaben und Unterhaltszahlungen, der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten oder der Sportbeziehungen haben Schritt für Schritt Anomalien im Verhältnis der beiden deutschen Staaten abgebaut, die das Leben der Menschen im geteilten Deutschland belastet hatten, und haben vielen Menschen wesentliche Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen gebracht.

Die Kontakte zwischen den Bürgern in Ost und West sind um ein Mehrfaches gesteigert und erheblich erleichtert worden. Sie haben das wechselseitige Verständnis und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt.

Die Lage Berlins, die Lebensbedingungen der Berliner sind durch das Viermächte-Abkommen, das mit dem Grundlagenvertrag und den Ostverträgen politisch verknüpft ist, entscheidend verbessert worden.

Die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durch Verträge und Vereinbarungen hat darüber hinaus einen beachtlichen Beitrag zur Stabilität der Lage in Mitteleuropa geleistet.

Die Bundesregierung war und ist sich bewußt, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht losgelöst vom Stand des Ost-West-Verhältnisses und unabhängig von der Lage in der DDR und im östlichen Bündnis entwickeln können. Mit Phasen der Stagnation, mit Rückschlägen mußte und muß gerechnet werden. Sie haben im vergangenen Jahrzehnt zuweilen die positive Entwicklung gehemmt, konnten aber meist überwunden werden.

Das durch die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Erreichte hat sich auch noch in der krisenhaften Zeit vom Dezember 1979 bis zum September 1980 als widerstandsfähig erwiesen, bis im Oktober 1980 internationale Entwicklungen in die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durchschlugen. Die dra-

stische Erhöhung des Mindestumtausches durch die DDR-Behörden, die zu einem einschneidenden Rückgang der Zahlen im West-Ost-Reise- und Besuchsverkehr führte, die Überbetonung unterschiedlicher Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen zwischen den beiden Staaten durch die DDR-Führung, kennzeichnen einen ersten Rückschlag, der bis heute nicht überwunden ist. Die Bundesregierung wird sich damit nicht abfinden.

Es ist festzustellen:

- Trotz dieses Rückschlages finden zahlreiche Kontakte in den verschiedenen Kommissionen bzw. durch Beauftragte laufend weiter statt, werden Verhandlungen z. B. über Rechtshilfe oder über Wissenschaft und Technik, Gespräche über bestimmte Fragen des Umweltschutzes oder über lokale Probleme in Berlin weitergeführt,
- dieser Rückschlag hat seine Ursache nicht in den deutsch-deutschen Beziehungen,
- er widerlegt nicht die Notwendigkeit, die erfolgreiche Politik der 70er Jahre auch in den 80er Jahren fortzusetzen.

Die Bundesregierung sieht daher keinen Anlaß, im Verhältnis zur DDR die Grundsätze aufzugeben, die für die zu Beginn der 70er Jahre eingeleitete Deutschlandpolitik bis heute bestimmend gewesen sind und ist gewillt, an dieser Politik festzuhalten. Sie befindet sich damit grundsätzlich auch in Übereinstimmung mit der Führung der DDR, die wiederholt erklärt hat, an dieser Politik festhalten zu wollen.

Die Bundesregierung hat den Bundestag kontinuierlich und eingehend über die Grundsätze ihrer Deutschlandpolitik, den jeweiligen Stand der deutsch-deutschen Beziehungen und über die Situation in den beiden deutschen Staaten unterrichtet und zwar durch

- die jährlichen Berichte zur Lage der Nation, denen in den Jahren 1971, 1972 und 1974 umfangreiche Materialien beigegeben wurden; der letzte Bericht ist am 9. April 1981 erstattet worden;
- die Berichte und Dokumentationen „Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ von 1973, 1977 und 1979;
- die ausführliche Beantwortung mehrerer Großer Anfragen und zwar sowohl zu den Grundsätzen als auch zu ungelösten Einzelfragen und zu internationalen Aspekten der Deutschlandpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung jeweils aktuell zu konkreten Anlässen im Deutschen Bundestag und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit Stellung genommen und im zuständigen Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen fortlaufend Bericht erstattet.

Diese Unterrichtung ermöglichte es in der Vergangenheit und ermöglicht es heute, sich ein umfassendes und sachgemäßes Urteil über den jeweils aktuellen Stand der Deutschlandpolitik und der Beziehungen zur DDR zu bilden.

Der Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 festgestellt, daß die Bundesregierung auch in Zukunft an der sorgfältigen Erörterung ihrer Deutschlandpolitik im Bundestag und seinen Ausschüssen interessiert ist. Ein Anlaß zu einer besonderen umfassenden Bestandsaufnahme besteht jedoch nach Auffassung der Bundesregierung gegenwärtig nicht.

Die Bundesregierung nimmt auf diese laufende Berichterstattung und insbesondere auf die Regierungserklärung vom 24. November 1980 und die Erklärung der Bundesregierung zur Lage der Nation vom 9. April 1981 Bezug und faßt die Zielsetzungen und Grundsätze ihrer Deutschlandpolitik sowie ihre Haltung in der gegenwärtigen Lage im folgenden noch einmal zusammen. Sie beantwortet damit zugleich jene Einzelfragen der Großen Anfrage, die sich auf die Auffassung oder das Konzept der Bundesregierung oder auf die Möglichkeiten beziehen, gegen unsere Zielsetzungen gerichteten Bemühungen der DDR zu widerstehen, Hindernisse und Widerstände in den innerdeutschen Beziehungen zu überwinden und Maßnahmen der DDR entgegenzuwirken, die diese aus ihrer Interessenlage glaubt durchführen zu müssen:

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist ein Teil der Bemühungen um Friedenssicherung in Europa und in der Welt.

Die Bundesregierung ist sich mit der Führung der DDR darin einig, daß vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf und daß aus der Entwicklung in Deutschland keine zusätzlichen Belastungen des Ost-West-Verhältnisses entstehen dürfen.

Für die Bundesregierung ist aktive Friedenspolitik zugleich die Verfolgung des Zieles, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

In der Gegenwart bleibt es Aufgabe der Deutschlandpolitik, durch den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit und der Beziehungen zur DDR, die Lage der Menschen im geteilten Deutschland zu erleichtern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Dabei ist von folgenden Grundbedingungen auszugehen, die die reale Lage in Deutschland bestimmen:

Praktische Zusammenarbeit, Verbesserung der Beziehungen bleiben trotz der bestehenden Gegensätze in grundsätzlichen Fragen möglich, wie die Fortschritte des vorigen Jahrzehnts beweisen. Sie können jedoch diese Gegensätze nicht beseitigen. Jeder Wunsch, jede Forderung, die die jeweils andere Seite nötig, ihre Grundsatzpositionen aufzugeben, bleibt unerfüllt.

In ihren Beziehungen zueinander stehen sich die beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung gegenüber. Bemühungen um Zusammenarbeit, um den Ausbau der Beziehungen, sind daher nur dann erfolgversprechend, wenn jede Seite ihre Interessen gewahrt sieht. Sie können nur zum Ziel führen, wenn auch unterschiedliche, unter Umständen sogar gegensätzliche Interessen in Abkommen oder Vereinbarungen zum Ausgleich gebracht werden können.

In der gegenwärtigen, durch die Erhöhung des Mindestumtausches für den Reise- und Besuchsver-

kehr und die Überbetonung von Grundsatzforderungen der DDR bestimmten Lage, nimmt die Bundesregierung auf dieser Grundlage die folgende Haltung ein:

Es widerspräche den Zielvorstellungen unserer Deutschlandpolitik, wenn wir Abgrenzungsmaßnahmen der DDR-Führung mit Abgrenzung beantworten würden. Die Bundesregierung ist weiterhin gewillt, die Zusammenarbeit und die Beziehungen mit der DDR auszubauen.

Nach den Worten des Generalsekretärs Honecker strebt die DDR danach, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren. Sie sieht Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Beziehungen.

Die Bundesregierung bietet der Regierung der DDR nach wie vor an, in das Gespräch über den Gesamtzusammenhang der Beziehungen und über alle beide Seiten interessierende Fragen einzutreten, und zwar ohne Vorbedingungen.

- A. 1. Wie stehen die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zur Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit mit friedlichen Mitteln zu erreichen? Wie stehen vor allem die jungen Menschen zu dieser Aufgabe?

Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung ist es für die große Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert Aufgabe der deutschlandpolitischen Bemühungen ihrer Regierung, die Einheit Deutschlands in Freiheit mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland leben in dem Bewußtsein, daß die Menschen in der DDR Deutsche sind wie sie selbst. Sie erwarten deshalb eine Politik, die dieser Tatsache Rechnung trägt.

Das Meinungsbild bei Älteren und Jüngeren ist unterschiedlich akzentuiert. Die Haltung der Älteren zur deutschen Einheit ist entscheidend durch das bewußte Erleben gemeinsamer deutscher Geschichte geprägt. Dieser Erfahrungshintergrund, insbesondere der Teilung Deutschlands als Folge des vom Deutschen Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges, fehlt den jungen Menschen. Diese Zeit ist für sie Geschichte. In der Frage der Einheit Deutschlands orientiert sich die Jugend deshalb überwiegend an konkreten, gegenwartsbezogenen Aufgaben und Problemen.

Zur Beurteilung von Bedeutung und möglicher Konsequenz dieser differenzierten Meinungsentwicklung hat die Bundesregierung bereits vor einiger Zeit eine detaillierte Spezialuntersuchung über die Haltung Jugendlicher zur deutschen Frage in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden voraussichtlich Ende des Jahres 1981 vorliegen.

- A. 2. Welche Anstrengungen und mit welchem Erfolg unternehmen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Schulen, Hochschulen und andere

Bildungseinrichtungen der öffentlichen Hand, um insbesondere der jungen Generation die Einheit der Nation und die Überwindung der deutschen Teilung nahezubringen?

In welchen Bundesländern und in welchem Umfang wird der Beschluß der Kultusministerkonferenz über die deutsche Frage im Unterricht vom 23. November 1978 verwirklicht?

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz hat zu einer Belebung der deutschlandpolitischen Diskussion an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen geführt. Über den Umfang der Verwirklichung des Beschlusses in den einzelnen Bundesländern Auskunft zu geben, ist nicht Aufgabe der Bundesregierung. Sie hat jedoch im Rahmen ihrer Zuständigkeit und ihrer Möglichkeiten die praxisbezogene Umsetzung des Beschlusses der Kultusministerkonferenz unterstützt, vor allem durch Förderung von Lehrer- und Schülerseminaren und durch das Angebot von Unterrichtshilfen und Publikationen.

Erhebungen haben ergeben, daß Themen, die sich auf die Teilung Deutschlands im weitesten Sinne beziehen, an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland oft und intensiv behandelt werden. So sind von 1969 bis 1978 zu diesen Themen allein in den Einzelbereichen „Politik und Gesellschaft“, „Recht“, „Wirtschaft“, „Sprache und Kultur“ und „Erziehung und Bildung“ 389 Habilitationsschriften und Dissertationen abgeschlossen worden.

Die Zahl der Lehrveranstaltungen und Seminare, in denen deutschlandpolitische Themen behandelt werden, ist beträchtlich. Die Tendenz ist besonders in den letzten Jahren steigend: während in der Zeit von 1977 bis 1978 (Wintersemester) an 55 Universitäten und Hochschulen 349 derartige Lehrveranstaltungen stattgefunden haben, waren es in der Zeit von 1979 bis 1980 (Sommersemester) 629.

Bildungseinrichtungen freier Träger und Verbände haben ihr Angebot an deutschlandpolitischen Seminaren und Veranstaltungen vor allem für den pädagogischen Bereich erweitert. Über 200 derartige Einrichtungen werden im Rahmen der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen gefördert.

- A. 3. Wie stehen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Bürger unserer westlichen Nachbarländer zur Frage der Teilung Deutschlands und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen?

In welcher Weise wirbt die Bundesregierung bei befreundeten oder neutralen Staaten wie auch in internationalen Gremien um Verständnis und um Unterstützung für das Anliegen der Einheit Deutschlands in Freiheit?

Die Teilung Deutschlands wird von der Mehrheit der Bürger unserer westlichen Nachbarstaaten auch heute noch als unnatürlich empfunden. Die ungelöste deutsche Frage gilt allerdings nicht als ein aktuelles Problem. Die Bevölkerung im befreundeten Ausland sieht vielmehr die Existenz zweier deutscher Staaten allge-

mein als einen Zustand an, der kurzfristig nicht abänderbar ist. Auf lange Sicht können wir jedoch auch weiterhin mit Verständnis in breiten Kreisen rechnen, wenn wir für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen eintreten.

Alle Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland sind angewiesen, in politischen Gesprächen mit Vertretern des Gastlandes und im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit bei geeigneten Gelegenheiten auf die Lage Deutschlands hinzuweisen und um Verständnis für unser nationales Anliegen zu werben.

- A. 4. Was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer auswärtigen Vertretungen und ihrer Auslandskulturarbeit sowie in den Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, um einen Prozeß der Gewöhnung an die Teilung Deutschlands zu unterbinden und den Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechts als nach wie vor aktuelle Forderung lebendig zu erhalten?

Die Bundesregierung legt ihre Position in dieser zentralen Frage immer wieder mit Nachdruck dar.

Der Bundesminister des Auswärtigen hat – wie in den Jahren zuvor – in seiner Rede vor der 35. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 24. September 1980 auf das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen, wie es im „Brief zur deutschen Einheit“ seinen Niederschlag gefunden hat.

Am 5. Mai 1980, dem 25. Jahrestag der Wiederkehr des Inkrafttretens des Deutschland-Vertrages, hat der Bundesminister des Auswärtigen eine Grußbotschaft an die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gerichtet und den Drei Mächten für die Unterstützung dieses essentiellen politischen Ziels der Bundesrepublik Deutschland gedankt. Die drei Außenminister haben ihrerseits in Grußbotschaften gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen die Überzeugung der Drei Mächte zum Ausdruck gebracht, daß die politische Zielvorstellung des Deutschland-Vertrages nach wie vor Gültigkeit hat.

Die in der Atlantischen Allianz zusammengeschlossenen Bündnispartner haben im Kommuniqué der NATO-Ministertagung von Ankara am 26. Juni 1980 erneut ihre Unterstützung für die deutschlandpolitische Zielsetzung der Bundesrepublik Deutschland bekräftigt. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur Würdigung des 25. Jahrestages des Deutschland-Vertrages (Drucksache 8/4398 vom 10. Juli 1980) hingewiesen.

Unsere Auslandsvertretungen sind ständig mit einschlägigem Informationsmaterial ausgestattet. Ihrer Kulturarbeit liegt das Verständnis von der Einheit der deutschen Kultur zugrunde. Sie bezieht das gesamte nationale Kulturerbe ein.

- A. 5. Welchen Einfluß haben die innerdeutschen Sonderbeziehungen auf die Außen-, Sicher-

heits- und Bündnispolitik der Bundesregierung und von welchen Grundsätzen wird sie sich im Falle eines Interessenkonflikts leiten lassen?

Der weitere Ausbau der Beziehungen zur DDR ist für die Bundesrepublik Deutschland ein wesentlicher Teil ihrer auf aktive Friedenssicherung in Europa und in der Welt ausgerichteten Politik. Es bleibt die Auffassung der Bundesregierung, daß die Frage nach der Einheit der Nation nicht den Frieden und die Freiheit in unserem Land von der ersten Priorität verdrängen darf.

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgt ihre politische Zielsetzung auf der Grundlage der festen Verankerung in der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft. Nur im Atlantischen Bündnis findet die Bundesrepublik Deutschland ihre Sicherheit. Die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum Westen bleibt ein Grundelement ihrer Außen- und Deutschlandpolitik. Nur sie kann, wie es im Bericht zur Lage der Nation vom 9. April 1981 heißt, unsere Sicherheit und unsere Freiheit gewährleisten. Die Bundesrepublik Deutschland weiß sich bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse der Menschen in Deutschland der Unterstützung ihrer Verbündeten sicher.

- A. 6. In welchen Punkten wird der Versuch einer allmählichen Aushöhlung und des Unterlaufens des Viermächte-Abkommens über Berlin seitens der DDR-Führung sowie seitens der UdSSR sichtbar, was geschieht seitens der drei Westmächte, um diesen Versuchen entgegenzuwirken und welche Unterstützung leistet ihnen dabei die Bundesregierung?

Die Regelungen des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 haben die unterschiedlichen Rechtspositionen unberührt gelassen. Darauf aufbauend versucht die Sowjetunion, bei der Anwendung des Abkommens ihrer Interpretation Geltung zu verschaffen. Sie wendet sich, unterstützt von der DDR, nach wie vor mit Protesten gegen bestimmte Formen der Präsenz des Bundes in Berlin, gegen die Teilnahme von Berlinern – vor allem Angehörigen der in Berlin ansässigen Bundesinstitutionen – als Mitglieder von Delegationen der Bundesrepublik Deutschland am internationalen Austausch und in Einzelfällen gegen die Einbeziehung von Berlin (West) in internationale Verträge der Bundesrepublik Deutschland.

In unvollständiger und daher irreführender Wiedergabe der Bestimmungen des Viermächte-Abkommens über das Verhältnis Berlins zum Bund werden die Proteste damit begründet, daß die Aussage, wonach Berlin (West) kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sei und nicht von ihr regiert werden dürfe, die „Kernbestimmung“ des Abkommens bilde. Die konkreten Regelungen zu dieser Bestimmung und vor allem die Bestätigung des Rechts zur Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen werden außer Betracht gelassen.

Die Proteste der östlichen Seite sind von den Drei Mächten stets zurückgewiesen worden. Die Bundesre-

gierung hat diese Zurückweisungen durch eigene Anschlußerklärungen unterstützt.

Gegenüber Versuchen der Sowjetunion und der DDR, Drittstaaten auf die östliche Interpretation der genannten Bestimmungen festzulegen, haben die Drei Mächte und die Bundesregierung die erforderlichen Schritte unternommen, um ihre Auffassungen zu den Berlin betreffenden Fragen bei den Regierungen dieser Staaten zur Geltung zu bringen. Die Bundesregierung wird in enger Zusammenarbeit mit den Drei Mächten auch weiterhin allen Versuchen der anderen Seite, der östlichen Interpretation Geltung zu verschaffen, entgegenzutreten.

Dank der festen Haltung der Westmächte sind Versuche, das Viermächte-Abkommen in der Praxis einzuschränken oder zu unterlaufen, erfolglos geblieben.

Sie stellt fest, daß die Anwendung des Viermächte-Abkommens die Sicherheit und Lebenskraft Berlins entscheidend gestärkt und zu einer ruhigen Lage in und um Berlin beigetragen hat.

- A. 7. Welche finanzwirksamen Vereinbarungen mit der DDR strebt die Bundesregierung kurz- und mittelfristig an und welchen Zusammenhang sieht sie dabei mit der Erhöhung des Zwangs-umtausches?
- A. 8. In welcher Weise können die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zur DDR nach Auffassung der Bundesregierung in den Dienst einer der Einheit Deutschlands in Freiheit sowie der Lösung humanitärer Probleme dienenden Politik gestellt werden?

Die Bundesregierung bleibt im Rahmen ihrer haushaltsmäßigen Möglichkeiten zu einem finanziellen Engagement in der Deutschlandpolitik bereit, wenn dies der Sache dient, den Menschen zugute kommt, angemessene Gegenleistungen der anderen Seite vorliegen. Hierbei wird der politische Gesamtzusammenhang berücksichtigt; dazu gehört auch der mit der Erhöhung der Mindestumtauschsätze verbundene Rückgang der Reisen in die DDR.

Die endgültige Entscheidung über mögliche finanzwirksame Vereinbarungen fällt jeweils in einer konkreten Situation. Es ist weder sinnvoll noch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland dienlich, hierfür abstrakt Verhaltensmaximen aufzustellen.

- A. 9. Auf welchen Gebieten sieht die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten, zu einem Interessenausgleich mit der DDR außerhalb des wirtschaftlich-finanziellen Bereichs zu gelangen?

Der Interessenausgleich ist – auch für Staaten mit einer so unterschiedlichen Gesellschaftsordnung wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – ein durchgängiges Moment zur Regelung zwischenstaatlicher Probleme. Die Interessen der jeweils anderen Seite müssen in jedem Bereich und nicht nur im wirtschaftlich-finanziellen

Bereich berücksichtigt werden. Es ergibt sich hierbei häufig, daß eine Lösung vorhandener Probleme an unüberwindlichen Interessengegensätzen scheitert und dies auch nicht durch eine Verknüpfung beispielsweise mit finanziellen Fragen verhindert werden kann.

- A. 10. Welche Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis hat nach Auffassung der Bundesregierung die immer stärkere Militarisierung weiterer Lebensbereiche, vor allem der Jugend, in der DDR?

Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, das System der Zivilverteidigung, die Reservistenkollektive, der Wehrkundeunterricht für Schüler, die FDJ-Ordnungsgruppen und die anderen in die Wehrpropaganda und Wehrerziehung einbezogenen Organisationen in der DDR bleiben die Instrumente, um nicht nur die Jugend, sondern möglichst große Teile der Bevölkerung in straffe Systeme, die militärischer Disziplin unterliegen, einzubinden. Dies gilt auch für die mit der Einführung des Wehrkundeunterrichts als selbständiges Unterrichtsfach in den Lehrplan der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen verbundene Straffung der bisher bereits integriert praktizierten Wehrerziehung der Schüler. Diese seit langem bestehende Praxis der DDR – insbesondere die Vermittlung von Feindbildern – wird von der Bundesregierung mit Sorge beobachtet. Sie steht nicht im Einklang mit einer Politik der guten Nachbarschaft und erschwert, wie auch andere Maßnahmen der Abgrenzung, die Bemühungen der Bundesregierung, im Interesse des Friedens und der Menschen die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern.

- A. 11. Wo liegen die Schwerpunkte der Politik der DDR-Führung, das innerdeutsche Sonderverhältnis in ein völkerrechtliches mit dem Ziel umzuwandeln, daß die DDR für die Bundesrepublik Deutschland zum Ausland wird, und was unternimmt die Bundesregierung, um das zu verhindern?

Der Schwerpunkt der DDR bei ihren wiederholten Versuchen, die beiden deutschen Staaten füreinander zum Ausland zu machen, liegt im Bereich des Rechts, insbesondere bei den Fragen der Staatsangehörigkeit und des Status der Ständigen Vertretungen. Die Bundesregierung hat bei Abschluß des Grundlagenvertrages ihre Auffassung deutlich gemacht und durch die bekannten rechtlichen Vorkehrungen abgesichert.

- A. 12. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Abgrenzungspolitik der DDR-Führung die Grundlagen und zentralen Zielsetzungen der Deutschlandpolitik zu beeinträchtigen droht und welches Konzept hält sie für erfolgversprechend, um dem zu begegnen?

Die Bundesregierung hält an ihrem in der Vorbemerkung dargelegten deutschlandpolitischen Konzept un-

verändert fest. Die gegensätzlichen Grundauffassungen der DDR erschweren – oder verhindern sogar – die mögliche Lösung vieler konkreter Fragen, können jedoch die grundsätzliche Zielrichtung der Politik der Bundesregierung nicht beeinträchtigen.

- A. 13. Welche politische Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber den von der DDR-Führung erhobenen, auf Statusänderung gerichteten Forderungen betr. Staatsangehörigkeit, Rechtsqualität der innerdeutschen Grenze, Grenzverlauf im Elbeabschnitt, Aufwertung der Ständigen Vertretungen sowie gegenüber der Forderung auf Abschaffung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter ein?

Die Bundesregierung hat ihre Auffassung zu den in der Frage genannten Einzelkomplexen bei zahlreichen Gelegenheiten öffentlich dargelegt. Die Bundesregierung hält ihre Politik gegenüber der DDR selbstverständlich im Einklang mit dem Grundgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

- A. 14. Welche grundsätzliche Position vertritt die Bundesregierung insbesondere hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit, welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus speziell für die Deutschen in der DDR, welche praktischen Fragen ergeben sich in diesem Zusammenhang und auf welche Weise sollten sie nach Auffassung der Bundesregierung gelöst werden?

Die Bundesregierung hat zuletzt im Bericht zur Lage der Nation am 9. April 1981 ihre Position in der Staatsangehörigkeitsfrage dargestellt. Auf diesen Bericht wird Bezug genommen.

- A. 15. Wie versteht die Bundesregierung ihre Wahrungspflicht in bezug auf ganz Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 und ihre Schutzpflicht für die in diesem Bereich unter polnischer oder sowjetischer Gebietshoheit lebenden Deutschen?

Die Bundesregierung hält daran fest, daß, wie auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 31. Juli 1973 festgestellt hat, das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes fortbestehen und daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben ist.

Entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes bemüht sich die Bundesregierung, allen Deutschen im Rahmen des völkerrechtlich Zulässigen und der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Schutz und Beistand zu gewähren.

- A. 16. Welches Konzept hat die Bundesregierung zur Durchsetzung der im Internationalen Menschenrechtspakt über bürgerliche und politische Rechte auch mit Polen und der Sowjetunion vereinbarten Volksgruppen- und Minderheitsrechte für die unter der Staatsgewalt dieser Staaten lebenden Deutschen?

- A. 17. Welches Konzept hat die Bundesregierung zur Durchsetzung der Menschenrechte für die unter polnischer oder sowjetischer Staatsgewalt lebenden Deutschen?

Die Bundesregierung betrachtet es als eine ihrer wesentlichen politischen Aufgabe, für die Menschenrechte und Grundfreiheiten der Deutschen, wo immer sie leben, einzutreten. Das trifft gerade auch für die in Polen und der UdSSR ansässigen Deutschen zu. Demgemäß setzt sie sich sowohl in den hierfür in Betracht kommenden internationalen Gremien wie auch bilateral gegenüber den betreffenden Regierungen immer wieder nachdrücklich für die Gewährung dieser Rechte generell und auch im Einzelfall ein. Sie macht der polnischen und der sowjetischen Regierung stets erneut deutlich, welche Bedeutung dieses Problem für die bilateralen politischen Beziehungen hat.

Bei ihren Bemühungen stützt sich die Bundesregierung auf die VN-Charta, die VN-Menschenrechtspakte und auf die Schlußakte von Helsinki. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten bemüht sich die Bundesregierung um Verbesserungen des kulturellen, religiösen und sprachlichen Lebens der in der Sowjetunion und Polen noch verbleibenden Deutschen.

- B. 1. Welche Bestimmungen des Grundlagenvertrages sind von der DDR bis heute ganz oder teilweise nicht erfüllt worden?

Gegen welche Bestimmungen des Vertrages wird seitens der DDR oder ihrer Behörden nach Buchstaben und Geist fortlaufend oder nachhaltig verstoßen?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zu den Folgevereinbarungen gemäß Artikel 7 des Grundlagenvertrages die in den einzelnen Bereichen unterschiedliche Situation der Vertragsverwirklichung ausführlich dargestellt (Drucksache 8/1553).

Dies gilt auch für die Belastungen der beiderseitigen Beziehungen.

Zusätzlich genannt werden muß in diesem Zusammenhang jedoch die von der DDR zum 15. Oktober 1980 willkürlich verfügte Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR. Dies ist ein massiver Eingriff in den Bestand an menschlichen Kontakten, so wie er sich im Zuge der Vertragspolitik zwischen beiden Staaten herausgebildet hatte. Die DDR hat damit gegen das Ziel der Verträge verstoßen, die Zusammenarbeit zu verbessern und die Kontakte zu intensivieren.

- B. 2. Welche Initiativen zur Herbeiführung eines Abbaus der Sperranlagen an der innerdeutschen Grenze und ihrer grausamen Vorrichtungen unternimmt die Bundesregierung?

Die von der DDR gegen ihre Bewohner errichteten unmenschlichen Grenzanlagen sind eine Tatsache, die die Glaubwürdigkeit einer Politik der guten Nachbarschaft immer wieder gefährdet. Die Bundesregierung hat dies wiederholt deutlich gemacht und betont, daß die Grenzpraxis der DDR die schwerste Belastung für unser Verhältnis zur DDR ist.

Deutlicher als anderswo in Europa ist diese Grenze auch Ausdruck für die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den kommunistisch regierten Staaten in Osteuropa und der DDR einerseits und den parlamentarisch-demokratisch verfaßten Staaten andererseits. Dieser grundsätzliche Unterschied begrenzt den Handlungsspielraum jeder Bundesregierung, der insbesondere da beeinträchtigt wird, wo die DDR und die mit ihr verbündeten Staaten diese Art der Grenzsicherung zur Systemerhaltung für notwendig erachten.

Unbeschadet dieser schwierigen Gesamtsituation versucht die Bundesregierung, durch Verhandlungen eine Milderung der Härten der Teilung Deutschlands zu erreichen. Dies gilt insbesondere für Bemühungen, die Grenze durchlässiger zu gestalten und praktische Fragen im Zusammenhang mit der Grenze zu regeln. Hierbei sind vor allem Gespräche über Fragen des Reiseverkehrs und die Tätigkeit der Grenzkommission zu nennen.

Auch in Zukunft wird die Bundesregierung der Lage an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten sowie in bezug auf Berlin in Gesprächen mit der DDR und im internationalen Bereich die gebotene Aufmerksamkeit widmen. So ist von unserer Seite das Verhalten der DDR im Rahmen der KSZE mehrfach angesprochen worden.

- B. 3. Welches ist der Stand des Guthabenstransfers aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, was wird die Bundesregierung zur Verbesserung der Situation unternehmen?

Im Rahmen der Sperrguthabenvereinbarung konnten transferberechtigte Personen der Bundesrepublik Deutschland (Rentner, Invaliden, Sozialhilfeempfänger) von ihren Konten in der DDR seit Inkrafttreten der Vereinbarung vom 1. Juni 1974 bis Ende April 1981 insgesamt rd. 169 Mio. DM in die Bundesrepublik Deutschland transferieren. Dieses Transfervolumen wurde mit der Bereitstellung von 50 Mio. DM jährlich durch die DDR aufgrund des Protokolls zur Sperrguthabenvereinbarung vom 16. November 1978 erreicht. Die Bundesregierung wird sich für die Zeit nach dem 31. Dezember 1982 im Interesse der Weiterführung und Verbesserung der Transfermöglichkeiten um eine Anschlußregelung bemühen.

- B. 4. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der innerdeutschen Sportbeziehungen und was wird seitens der Bundesregierung unternommen, um die Zahl der sportlichen Begegnungen – insbesondere auch auf dem Gebiet des Breitensports – zu steigern?

Der Deutsche Sportbund (DSB) konnte mit dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR (DTSB) für das laufende Jahr lediglich 70 Begegnungen vereinbaren. Zum ersten Mal seit 1974 umfaßt der Plan für die Sportveranstaltungen damit weniger Begegnungen als im Vorjahr, obwohl der DSB 256 Vorschläge aus den verschiedensten Bereichen und Sportarten in die Verhandlungen mit dem DTSB eingebracht hat. In Übereinstimmung mit dem DSB bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis – auch unter Berücksichtigung des überwiegend durch Absagen aus der DDR verursachten Ausfalls von 21 der insgesamt 76 vereinbarten Begegnungen im Jahre 1980 – als einen Rückschritt gegenüber der seit der Wiederbelebung des innerdeutschen Sportverkehrs erreichten Entwicklung bei der Zahl der vereinbarten Begegnungen.

Die Verhandlungen über die Aufstellung eines jährlichen Plans der Sportveranstaltungen werden vom DSB in eigener Verantwortung und ohne Einflußnahme der Bundesregierung auf der Grundlage des Protokolls über die Regelung der Sportbeziehungen zwischen dem DSB und dem DTSB der DDR vom 8. Mai 1974 geführt. Die Bundesregierung ist jedoch in Abstimmung mit dem DSB bemüht, die Initiativen des DSB und seine Verhandlungen und Kontakte auf politischer Ebene zu unterstützen, insbesondere hinsichtlich der verstärkten Einbeziehung des Breitensports, des grenznahen Bereichs, weiterer Sportarten und der Sportjugend.

- B. 5. Sind die Bestimmungen der DDR-Regierung für die Tätigkeit von Journalisten aus anderen Staaten in der DDR mit den im Grundlagenvertrag getroffenen Vereinbarungen vereinbar, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die praktische Verwirklichung der Freiheit der Berichterstattung aus der DDR durch die Korrespondenten westdeutscher Medien?

Die Bundesregierung hat im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag mit der Regierung der DDR einen Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten abgeschlossen, der im Blick auf die damals geltenden Bestimmungen der DDR für die Tätigkeit von Presseorganen und Korrespondenten aus anderen Staaten konkrete Festlegungen und Absichtserklärungen enthält, die hinreichende Arbeitsmöglichkeiten sicherstellen sollten. Nach den Gesprächen, die zwischen Beauftragten der Bundesregierung und der Regierung der DDR zur Verwirklichung des Briefwechsels 1973 geführt wurden, entsprach die Praxis in den Jahren 1974 und 1975 insgesamt den Festlegungen des Briefwechsels. Damit wurde erstmals für Zeitungen und Rundfunkanstalten aus der Bundesrepublik Deutschland eine aktuelle Berichterstattung aus der DDR möglich.

Die Bestimmungen, die von der DDR später in Kraft gesetzt wurden – insbesondere die Beschränkungen seit April 1979 mit der Anmeldungspflicht für Reisen außerhalb von Berlin (Ost) und der Genehmigungspflicht für Interviews –, haben jedoch die vereinbarten Arbeitsmöglichkeiten unserer Korrespondenten erschwert. Ihre Anwendung auf Korrespondenten von Zeitungen und Rundfunkanstalten aus der Bundesrepublik Deutschland ist insoweit mit den getroffenen Abmachungen nicht vereinbar. Hiergegen hat sich die Bundesregierung stets gewandt und wird dies auch in Zukunft tun.

Die Bundesregierung ist sich der außerordentlich unterschiedlichen Rahmenbedingungen bewußt, die durch die jeweiligen Rechtsordnungen in den beiden Staaten gegeben sind. Ziel ist es, die vereinbarte Praxis der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten der Jahre 1974/75 wieder herzustellen, und diese nach Maßgabe der KSZE-Schlußakte zu verbessern.

- B. 6. Welches ist der Stand der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen, vor allem der Kooperation, der Kompensationsgeschäfte, der gegenseitigen Verschuldung, der Marktstörungen durch Dumpinglieferungen sowie der illegalen und dem Bereich der Wirtschafts- und Abgabekriminalität zugehörigen innerdeutschen Geschäfte nach den Erkenntnissen der Bundesregierung und welche Maßnahmen unternimmt sie, um insbesondere letzteres zu verhindern und die davon ausgehenden Schäden zu beseitigen?

Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen haben sich seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages positiv entwickelt. So erhöhte sich der innerdeutsche Handel seit 1972 um 120 v. H. und erreichte 1980 wertmäßig 11,7 Mrd. Verrechnungseinheiten.

Im Rahmen des bilateralen Wirtschaftsaustausches mit der DDR spielen Kooperationsbeziehungen – wie auch im übrigen Westhandel der DDR – nur eine untergeordnete Rolle. Sie beschränken sich vor allem auf nur wenig anspruchsvolle Kooperationsformen wie z. B. Anlagenkäufe auf Kompensationsbasis.

Trotz verschiedener Initiativen der Bundesregierung hat die DDR ihre Praxis bei Kompensationsgeschäften bisher nicht geändert. Die Bundesregierung hat ihre Haltung zu solchen Geschäften zuletzt in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU dargelegt (vgl. Drucksache 8/1975). Die DDR wie die übrigen RGW-Staaten gehen offenbar davon aus, daß sie in der gegenwärtigen Phase ihrer Wirtschaftsentwicklung auf solche Geschäftspraktiken nicht verzichten können.

Der Saldo der gegenseitigen Verbindlichkeiten einschließlich Swinginanspruchnahme betrug zum 31. Dezember 1980 3,89 Mrd. Verrechnungseinheiten zu Lasten der DDR.

Zu diesem Zeitpunkt standen Forderungen von Firmen bzw. Banken der Bundesrepublik Deutschland (Lieferanten- und gebundene Finanzkredite) in Höhe von 3,93 Mrd. Verrechnungseinheiten solchen von DDR-

Betrieben in Höhe von 0,86 Mrd. Verrechnungseinheiten gegenüber; die Swinginanspruchnahme betrug 0,82 Mrd. Verrechnungseinheiten.

Um Marktstörungen und Schädigungen hiesiger Produktionszweige durch sogenannte Niedrigpreislieferungen der DDR zu verhindern, wurden 1980 auf Antrag der betroffenen Industrie fünf Preisprüfungsverfahren durchgeführt, von denen sich in zwei Fällen der begründete Verdacht von Lieferungen der DDR zu marktstörenden Preisen ergab. Zur Verhütung von Schäden für die betroffenen Produktionszweige wurden die Bezüge dieser Waren der Einzelgenehmigungspflicht unterworfen. Im laufenden Jahr sind bisher vier Erzeugnisse Gegenstand eines Preisprüfungsverfahrens.

Die zuständigen Behörden ermitteln seit 1978 gegen mehrere Firmen wegen des Verdachts von illegalen Drittlandslieferungen der DDR im Rahmen des innerdeutschen Handels. Die Ermittlungen konzentrieren sich vor allem auf den Textil- und Bekleidungsbereich. In mehreren Fällen haben die Ermittlungen zwischenzeitlich zur Anklageerhebung geführt. Ein Fall wurde bereits rechtskräftig abgeschlossen. Die beiden Hauptangeklagten wurden u. a. zu Freiheitsstrafen von vier- einhalb bzw. drei Jahren verurteilt.

Nach Bekanntwerden dieser illegalen Lieferungen wurden die Zolldienststellen angewiesen, die Bezüge von Textil- und Bekleidungserzeugnissen aus der DDR stets auf ihren Ursprung hin zu prüfen. Des weiteren wurde sichergestellt, daß die im Zusammenhang mit solchen DDR-Lieferungen beschlagnahmten Waren entweder in die DDR zurückverbracht oder in ein Land außerhalb der Gemeinschaft ausgeführt werden. Auch wurden die Kontingente im Textil- und Bekleidungssektor seit 1978 nicht erhöht.

- B. 7. Hält die Bundesregierung die von der DDR-Regierung verfügte Erhöhung des Zwangsumtausches für vertragswidrig und welche Politik verfolgt sie, um die dadurch herbeigeführte praktische Erschwerung des innerdeutschen Reiseverkehrs zu beseitigen?

Die Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Reisen in die DDR ist ein schwerer Rückschlag für unsere Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen und eine erhebliche Belastung für das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten.

Die Modalitäten des Reiseverkehrs gehören zur Geschäftsgrundlage der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Wie die Entwicklung im Reiseverkehr beweist, hat die DDR mit ihrer Maßnahme in den erreichten Bestand an menschlichen Kontakten, so wie er sich seit 1972 herausgebildet hatte, massiv eingegriffen. Die DDR hat damit gegen das Ziel der Verträge verstoßen, die Zusammenarbeit zu verbessern und die Kontakte zu intensivieren. Die Bundesregierung wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zur DDR eine Korrektur der gegenwärtigen Regelung zu erreichen.

- B. 8. Stimmt die Praxis der DDR-Behörden bei Einreiseverweigerungen und Zurückweisungen gegenüber Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) mit den Vereinbarungen im Verkehrsvertrag und im Grundlagenvertrag überein und was kann nach Auffassung der Bundesregierung geschehen, um diese Behinderungen des innerdeutschen Reiseverkehrs abzubauen?

Die Einreise von Westdeutschen in die DDR wurde im Zusammenhang mit dem Verkehrsvertrag im Jahre 1972 geregelt. Der Reise- und Besucherverkehr in Berlin ist in Zusammenhang mit dem Viermächte-Abkommen wieder aufgenommen worden. In den letzten Jahren sind Millionen Bürger in die DDR gereist. Im Jahre 1980 gab es beispielsweise 7,5 Mio. Besuche. Bei den genannten Regelungen hat die DDR jedoch nicht auf das Recht verzichtet, einzelnen Personen die Einreise zu verweigern. Im Jahre 1980 ist nach Kenntnis der Bundesregierung 1 579 Deutschen die besuchsweise Einreise in die DDR bzw. nach Berlin (Ost) verweigert worden. Die Bundesregierung nimmt die Einreiseverweigerungen ernst. Jeder an die Bundesregierung herangetragene Einzelfall wird gegenüber der DDR-Regierung mit dem Ziel der Aufhebung der Einreisesperre angesprochen. An dieser Praxis wird die Bundesregierung festhalten.

- B. 9. Welche politische Konzeption hat die Bundesregierung zur Verbesserung der Möglichkeiten für Deutsche in der DDR, in den Fällen dringender Familienangelegenheiten eine Erlaubnis zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten?

Seit Abschluß des Verkehrsvertrages im Jahre 1972 sind Reisen von jüngeren Bewohnern der DDR bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen möglich. In der DDR wohnhafte Großeltern, Eltern, Kinder, Geschwister und Halbgeschwister können Reisegenehmigungen in dringenden Familienangelegenheiten erhalten, d. h. bei Geburten, Eheschließungen, Silbernen und Goldenen Hochzeiten, 60-, 65- und 70-jährigen Ehejubiläen, lebensgefährlichen Erkrankungen und Sterbefällen. In den letzten Jahren reisten durchschnittlich etwa 40 000 Personen, die noch nicht im Rentenalter waren, in die Bundesrepublik Deutschland.

Es bleibt ein zentrales Anliegen der Bundesregierung, daß mehr Bewohner der DDR als bisher die Möglichkeit erhalten, besuchsweise in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen. Die Verwirklichung dieses Wunsches hat jedoch nur im Rahmen des in der Vorbemerkung niedergelegten Konzepts Aussicht auf Erfolg. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, im Interesse der Sache auf eine ausführliche öffentliche Darstellung zu verzichten.

- B. 10. Was unternimmt die Bundesregierung, um die im Grundlagenvertrag verabredeten, bisher aber nicht zustande gekommenen Folgevereinbarungen zustande zu bringen?

Der erfolgreiche Abschluß von Folgevereinbarungen auf den Gebieten, in denen die Bundesrepublik

Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entsprechend Artikel 7 des Grundlagenvertrages übereingekommen sind, die Zusammenarbeit zu entwickeln und zu fördern, ist nur möglich, wenn Lösungen „zum beiderseitigen Vorteil“ (Artikel 7 Grundlagenvertrag) gefunden werden.

In den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungsbereichen ließ sich eine solche Lösung wegen bisher unüberwindlicher Interessengegensätze nicht erreichen.

- B. 11. Welches ist der Stand der geplanten innerdeutschen Abmachungen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik und welche Haupthindernisse stehen ihrem Abschluß entgegen?

Verhandlungen über ein Rahmenabkommen für die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik, die 1973 aufgenommen wurden, fanden zuletzt im Oktober 1980 statt und werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1981 fortgeführt.

Obwohl über das Abkommen bereits weitgehende Übereinstimmung erreicht werden konnte, sind wichtige Fragen mit politischen Hintergrund, zu denen die Einbeziehung des Forschungspotentials von Berlin (West) in die Zusammenarbeit gehört, noch offen.

- B. 12. Welchen Stand haben die Gespräche mit der DDR über Vereinbarungen zur Regelung des Rechts- und Amtshilfeverkehrs im innerdeutschen Verhältnis und welche hauptsächlichsten Hindernisse stehen ihrem Abschluß entgegen?

Die Rechtshilfeverhandlungen werden seit 1973 geführt, die letzte Begegnung fand im April 1981 statt. Sie haben die Aufgabe, Voraussetzungen und Bedingungen eines vertraglich abgesicherten wechselseitigen Rechts- und Rechtshilfeverkehrs zwischen zwei sich grundsätzlich unterscheidenden Rechts- und Gesellschaftsordnungen zu schaffen. Daraus ergeben sich die besonderen Schwierigkeiten dieser Verhandlungen. Beide Seiten sind aber bereit, sich um sachliche Lösungen zu bemühen, die zu praktikablen und befriedigenden Ergebnissen führen.

- B. 13. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand des innerdeutschen Kulturaustausches und aus welchen Gründen kommt das im Grundlagenvertrag vorgesehene Kulturabkommen nicht zustande?

Die im November 1973 aufgenommenen Kulturverhandlungen sind im Herbst 1975 wegen der Kontroverse über den preußischen Kulturbesitz zum Stillstand gekommen. Beide Seiten gehen jedoch davon aus, daß die Verhandlungen über den Abschluß von Regierungsabkommen zur Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

In der kulturellen Zusammenarbeit sind zu unterscheiden: Die auf gewerblicher Grundlage vereinbarten und durchgeführten Veranstaltungen. Hierzu gehören vor allem die zahlreichen Gastspiele im Bereich von Musik und Bühne; eine beträchtliche Steigerung ist hier vor allem auf dem Gebiet des Jazz und der Popmusik festzustellen. Auch Verkaufsausstellungen mit bildender Kunst aus der DDR sind häufiger geworden. Vielfältig und breitgefächert, doch zahlenmäßig nicht erfaßbar, sind die Beziehungen, die auf Einladungen beruhen. Die Bundesregierung würde es jedoch begrüßen, wenn im Interesse einer größeren Ausgewogenheit der kulturelle Austausch in Ost-West-Richtung intensiviert werden könnte. Eine weitere Kategorie stellen die auf staatlicher Ebene vermittelten Veranstaltungen dar; zu ihnen gehören die im Herbst 1980 auf Gegenseitigkeit veranstalteten „Filmwochen“. Es ist beabsichtigt, die Reihe derartiger Veranstaltungen fortzusetzen.

Befürchtungen im Herbst 1980, daß die DDR den kulturellen Austausch drastisch einschränken wolle, haben sich nicht bestätigt.

- B. 14. Welches politische Konzept zur Beseitigung von seitens der DDR in der Bundesrepublik Deutschland verursachten Umweltschäden hat die Bundesregierung, insbesondere im Hinblick auf die Versalzung der Werra durch die Kali-Abwässer aus der DDR? Weshalb sind die hierfür vorgesehenen Vereinbarungen mit der DDR noch nicht getroffen worden?

Unter Berufung auf Artikel 7 des Grundlagenvertrages ist die Bundesregierung seit Jahren intensiv bemüht, einvernehmliche Regelungen mit der Regierung der DDR über bestehende Umweltprobleme zu erreichen. Besonders vordringlich erscheint hierbei die Lösung verschiedener Gewässerschutzprobleme. Im September 1980 wurden Gespräche über Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser sowie über Berliner Gewässerprobleme aufgenommen. Gegenstand dieser Gespräche ist die Prüfung realisierbarer technischer Lösungsmöglichkeiten durch Experten beider Seiten. Im Anschluß an diese Prüfung wird Übereinstimmung darüber erreicht werden müssen, welche Lösung oder Kombination von Lösungen realisiert werden kann.

Daneben befaßt sich die gemeinsame Grenzkommision seit Jahren im Rahmen der Vereinbarung vom 20. September 1973 über Grundsätze zur Schadensbekämpfung an der Grenze auch mit akuten Schäden, die auf grenzüberschreitende Verunreinigungen von Gewässern oder der Luft zurückgehen. Die in den Sitzungen der Grenzkommision laufend vorgetragenen Hinweise auf die Schadensverhütungspflicht der DDR haben zu einem deutlichen Rückgang der Schadensfälle geführt.

- B. 15. Welches ist der Stand des Zeitungsaustausches im innerdeutschen Verhältnis und welches politische Konzept hat die Bundesregierung zur Verwirklichung des Grundlagenvertrages in diesem Bereich?

Grundsätzlich ist es möglich, jedes in der DDR erscheinende Periodicum über den hiesigen Fachhandel zu beziehen. In der Praxis ergeben sich insofern Einschränkungen, als es bei der Tagespresse aus der DDR wegen der geringen Nachfrage keinen Kiosk-Vertrieb gibt. In der DDR können nur besonders berechnete Empfänger westliche Zeitungen und Zeitschriften im Rahmen begrenzter Kontingente beziehen. Zielsetzung der Bundesregierung ist es, in einem Prozeß der Normalisierung auch auf diesem Gebiet eine beträchtliche Verbesserung, möglichst unter voller Ausschöpfung der entsprechenden Vereinbarungen aus der KSZE-Schlußakte, zu erreichen.

- B. 16. Welches ist der Stand der Entwicklung innerdeutscher Jugendbegegnungen, insbesondere auch im außersportlichen Bereich, und welches politische Konzept hat die Bundesregierung, um diesen Austausch zu erweitern und zu intensivieren?

Das Interesse der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland, die Verhältnisse in der DDR kennenzulernen und Kontakte mit der Jugend in der DDR aufzunehmen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung steigerten sich die Reisen von Jugendlichen in West-Ost-Richtung in den Jahren 1975 bis 1980 jährlich durchschnittlich um etwa 10 v. H. Es handelt sich überwiegend um private Begegnungen und Besichtigungsreisen von einzelnen Jugendlichen sowie von organisierten Gruppen. Im selben Zeitraum fanden in umgekehrter Richtung nur wenige Begegnungen statt, und zwar als offizielle Treffen in Form organisierter Gruppenreisen. Die DDR-Teilnehmer setzen sich ausschließlich aus FDJ- bzw. FDGB-Funktionären zusammen. Begegnungspartner der FDJ sind gegenwärtig 14 Jugendverbände und Jugendorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Entgegen dem allgemein geäußerten Wunsch der Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland, die bisherigen wenigen offiziellen Kontakte auf breiter Mitgliederebene im gegenseitigen unbeschränkten Austausch auszuweiten, hat die FDJ solche Kontakte bisher stets auf Spitzentreffen mit ihrerseits zentral ausgewählten Delegationen beschränkt. Die Bundesregierung fördert die Jugendbegegnungen und unterstützt die Jugendverbände in ihren Bemühungen, die DDR zu einem breiteren Jugendaustausch als bisher zu bewegen.

- B. 17. Wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Stand der innerdeutschen Begegnungen im kirchlichen Bereich, vor allem der Möglichkeiten des gegenseitigen Besuchs kirchlicher Veranstaltungen?

Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung haben kirchliche Amtsinhaber in den letzten Jahren, seit dem Spitzengespräch zwischen der Staatsführung der DDR und der Leitung der evangelischen Kirchen am 6. März

1978, öfter als früher die Möglichkeit erhalten, an kirchlichen Veranstaltungen im jeweils anderen Staat teilzunehmen, z. B. Kirchentagen, Synoden, an Amtseinführungen und Verabschiedungen.

- B. 18. Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine Senkung des Mindestalters für Personen zu erreichen, die ohne besondere Antragsgründe jährlich aus der DDR zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik Deutschland reisen können?

Die Verbesserung des innerdeutschen Reiseverkehrs bleibt ein zentraler Punkt der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Die Bundesregierung bemüht sich deshalb beharrlich um eine Erweiterung der bestehenden Möglichkeiten, so auch um eine Herabsetzung der Altersgrenze für Bewohner der DDR bei Reisen in die Bundesrepublik Deutschland.

Gerade dieses Problem ist ein Beispiel dafür, daß es nicht ausreicht, Wünsche und Forderungen auszusprechen, sondern es darauf ankommt, in konkreten Sachbereichen einen Interessenausgleich zu finden.

